



Gemeinsame Pressemitteilung

24. Mai 2011

Weltgesundheitsversammlung in Genf verabschiedet von Deutschland eingebraachte Resolution zu Sozialer Absicherung im Krankheitsfall

„Jedes Jahr treiben medizinische Behandlungskosten mehr als 100 Millionen Menschen weltweit in die Armut, weil sie nicht gegen Krankheit abgesichert sind. Der Zugang zu bezahlbarer Gesundheitsversorgung ist daher ein wirksamer Schutz vor Verarmung und gleichzeitig eine Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Frieden.“ Dies erklärte **Gudrun Kopp**, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, anlässlich der heutigen Verabschiedung der von Deutschland eingebrachten Resolution zu Gesundheitssystemfinanzierung und allgemeiner Absicherung im Krankheitsfall bei der 64. Weltgesundheitsversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf.

„Die Stärkung von Gesundheitssystemen auf der Grundlage sozial gerechter und nachhaltiger Finanzierungsstrukturen ist unerlässlich für weitere Erfolge bei den Millenniumsentwicklungszielen. Mit der Resolution werden die Mitgliedstaaten und die Generaldirektorin der WHO aufgefordert, entsprechende Strategien, Aktivitäten und Maßnahmen zu entwickeln, die den weltweiten Ausbau von Krankenversicherungsmechanismen beschleunigen. Wir beraten und unterstützen unsere Partnerländer bei dieser wichtigen Aufgabe, wobei uns die Verbesserung der Mutter-Kind-Gesundheit ein besonderes Anliegen ist“, betonte **Gudrun Kopp**.

„Für die Sicherstellung des Zugangs für alle Bürgerinnen und Bürger zu angemessener Gesundheitsversorgung gibt es keine Patentlösung. Der Aufbau sozialer Sicherungssysteme kann nur erfolgreich und nachhaltig sein, wenn er die historischen, kulturellen und

sozioökonomischen Gegebenheiten berücksichtigt. Dabei müssen Reformanstrengungen im Gesundheitswesen eine sozial ausgewogene, nachhaltige Finanzierung mit effizientem Ressourceneinsatz und guter Versorgungsqualität verbinden“, erklärt die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, **Annette Widmann-Mauz**, MdB.

Die Generaldirektorin der WHO, **Dr. Margret Chan**, dankte in ihrer Eröffnungsrede der deutschen Bundesregierung für die Gastgeberrolle bei der Veröffentlichung des aktuellen Weltgesundheitsberichts – der wichtigsten Veröffentlichung der WHO – im November vergangenen Jahres in Berlin. Der Weltgesundheitsbericht 2010 mit dem Titel „Health Systems Financing – the path to universal coverage“ thematisiert die zentrale Rolle von fairen und nachhaltigen Finanzierungsstrukturen für Gesundheitssysteme. Mehr als 35 Gesundheitsminister aus der ganzen Welt kamen im November 2010 in Berlin auf Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zusammen, um zu diskutieren, wie dieser Teufelskreis von Armut und Krankheit durch angemessene Soziale Absicherung im Krankheitsfall überwunden werden kann.

Deutschland als das Land mit der weltweit längsten Erfahrung in der Einführung und Ausweitung eines Krankenversicherungssystems, bringt diese Expertise bereits umfassend in die Netzwerke der WHO ein und berät zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer. So ist Deutschland auch Gründungsmitglied der Initiative „Providing for Health (P4H)“, die im Verbund mit WHO, ILO, Weltbank, Frankreich, Schweiz, Spanien und Deutschland Beratung für Partnerländer im Thema bereitstellt, erläuterte die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, **Gudrun Kopp**.

Die Weltgesundheitsversammlung ist das höchste Entscheidungsorgan der WHO. Jährlich im Mai kommen Vertreterinnen und Vertreter aller 193 Mitgliedstaaten zusammen, um inhaltliche, organisatorische und finanzielle Weichenstellungen vorzunehmen.

Weitere Informationen unter:

www.who.int

www.bmg.bund.de

www.bmz.de